



GESCHENKE FÜR DIE KONZERNE

Laut Atomgesetz müssen die Betreiber sämtliche Folgekosten der Atomkraft tragen. 2016 ist eine Kommission zur Überprüfung der Kosten des Atomausstiegs vom Verursacherprinzip abgerückt und empfahl, die Atommüll-Lagerung dem Bund zu übertragen. Nur die Kosten für den Rückbau der Meiler verblieben bei den Konzernen. Vor dem Hintergrund, dass RWE und E.ON nach wie vor milliardenschwere Dividenden ausschütten, ist dies nicht gerechtfertigt.

Die Atomkonzerne können zudem beim Rückbau eines AKW viel Geld sparen. Sie müssen nur einen kleinen Teil, etwa zwei Prozent, des radioaktiv belasteten Metallschrotts und Bauschutts als hoch radioaktiven Atommüll entsorgen. Die übrigen 98 Prozent dürfen kostengünstig „wiederverwertet“ werden oder auf normale Hausmülldeponien, wenn sie „freigemessen“ wurden. „Freigemessen“ heißt aber nicht „frei von Radioaktivität“.

Mit dem Atomausstieg fallen in Deutschland viele AKW-Rückbauten zeitgleich an. Damit kämen große Mengen an schwach radioaktivem Material in die Umwelt (z.B. als Straßenunterbau oder auf Deponien) und in den Wertstoffkreislauf (z.B. in Kochtöpfe oder Heizkörper). In Frankreich und Spanien gibt es für die gering radioaktiv belasteten Abfälle eigene Lager. Ob dies auch für Deutschland sinnvoll ist, sollte geprüft werden.

DAS UMWELTINSTITUT FORDERT:

- den weltweiten Atomausstieg, um jede weitere Atommüllproduktion zu verhindern
- eine verantwortungsvolle, transparente und ergebnisoffene Suche nach einer Lagerstätte für den gefährlichen Atommüll

Auf www.umweltinstitut.org können Sie unseren kostenlosen Newsletter bestellen.

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnik-freies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. Spenden und Förderer garantieren unsere unabhängige Arbeit.

Spendenkonto:
Umweltinstitut München e.V.
Konto-Nr: 883 11 03
BLZ: 700 205 00
IBAN: DE16 7002 0500 0008 8311 03
BIC: BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft



Herausgeber:
Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a
80336 München
(089) 30 77 49 - 0
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Fotos: Fotolia (1), Christian Ganzer (2), Fotolia (3), Jakob Huber/Campact (4), Joerg Farys (5), Fotolia (6)
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Stand: November 2016

Wahnsinn auf Halde

Der atomare Müllberg





ATOMMÜLL - TONNENWEISE

Ein Atomkraftwerk (AKW) produziert durchschnittlich 30 Tonnen hochradioaktiven Müll im Jahr. Dazu kommen mittelaktive Abfälle, wie alte Rohrleitungen oder Ventile, und schwach radioaktive, wie Schutzkleidung oder Putzmaterialien. Die größten Mengen fallen beim Abriss eines AKW an: je nach Reaktortyp 120.000 bis 200.000 Tonnen verstrahltes Material aus dem Kontrollbereich.

Bis 2005 „entsorgten“ die deutschen Stromkonzerne abgebrannte Brennelemente in ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA), ein extrem schmutziges Geschäft. Nur ein sehr kleiner Teil ist wiederverwertbar, der Rest bleibt als radioaktiver Müll zurück und soll vertragsgemäß in das Ursprungsland rückgeführt werden. Somit wurde der Atom Müll lediglich verschoben, bis – so glaubte man damals – bald ein „Endlager“ zur Verfügung stünde.

2005 hat Deutschland die Wiederaufarbeitung verboten. Seitdem werden die abgebrannten Brennelemente direkt am jeweiligen AKW-Standort in Leichtbau-Hallen zwischengelagert, die weder gegen den Absturz von großen Flugzeugen noch gegen Terrorangriffe ausreichend geschützt sind. Mitte 2040 laufen zudem die Genehmigungen aus. Bis dahin, so hoffte man, gäbe es ein betriebsbereites „Endlager“. Weit gefehlt: Laut aktuellen Prognosen wird dies noch bis zum nächsten Jahrhundert dauern.

LAGERKONZEPTE UNGENÜGEND

Für die dauerhafte Aufbewahrung des Atommülls sind zwei Lager in tiefen geologischen Schichten geplant: eines für hoch radioaktive, Wärme entwickelnde Abfälle und eines für schwach- und mittelaktiven Müll. Letzterer soll im ehemaligen Eisenerzbergwerk Schacht Konrad eingelagert werden, das ab 2022 zur Verfügung stehen soll.

Das Bundesamt für Strahlenschutz schätzt die Gesamtmenge der zu entsorgenden hoch aktiven, abgebrannten Brennelemente auf ca. 10.500 Tonnen Schwermetall. Das entspricht einem Volumen von 21.000 Kubikmeter (m^3). Zusammen mit den WAA-Abfällen ergibt sich ein Gesamtvolumen von 28.100 m^3 . Nicht eingerechnet sind die hochaktiven Abfälle aus dem Versuchsreaktor Jülich und dem Hochtemperaturreaktor Hamm Uentrop, für die trotz Exportverbot Transporte ins Ausland angedacht sind.

Die Menge der Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung wird auf 300.000 m^3 geschätzt. Nicht eingerechnet sind die Abfälle, die aus dem „Versuchsendlager“ Asse rückgeholt werden sollen (ca. 200.000 m^3) sowie die Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau (ca. 100.000 m^3), die bisher als Wertstoff eingestuft wurden. Insgesamt ergibt sich also eine Menge von ca. 600.000 m^3 . Da für Schacht Konrad aber nur eine Genehmigung für 303.000 m^3 vorliegt, ist völlig unklar, wo dieser Atommüll gelagert werden soll.

„ENDLAGER“ – WO BIST DU?

Nirgendwo auf der Welt gibt es ein betriebsbereites „Endlager“ für hochradioaktiven Müll, der für eine Million Jahre sicher verwahrt werden soll. Grundsätzlich gelten Granit-, Salz- und Ton-Gesteine als geeignet. In Deutschland wurde 1977 der Salzstock Gorleben als „Endlager“ bestimmt – eine rein politische Entscheidung.

Das „Versuchsendlager“ Asse sowie das ehemalige „DDR-Endlager“ Morsleben sprechen gegen Salzstöcke. Beide sind einsturzgefährdet, von Langzeitsicherheit kann keine Rede sein. Die in der Asse verklappten 126.000 Atommüllfässer müssen auf Kosten der SteuerzahlerInnen aufwändig geborgen werden.

Nach jahrzehntelangem Widerstand nahm die Bundesregierung 2015 die Standortsuche neu auf, noch immer begleitet von Kritik wegen mangelnder Öffentlichkeitsbeteiligung und fehlender Transparenz. Gorleben wird bei der neuen Suche nicht ausgeschlossen, obwohl bekannt ist, dass das Deckgebirge nicht mächtig genug und mit Wassereintritt zu rechnen ist.

Als Entsorgungsweg der Zukunft wird gerne die „Transmutation“ bemüht. Dabei sollen langlebige Radionuklide in kurzlebige, weniger gefährliche Stoffe umgewandelt werden. Dazu müssten aber neue gefährliche WAA sowie Schnelle Brüter gebaut werden. Auf ein „Endlager“ könnte man trotzdem nicht verzichten.